



Günter Stock

Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung

Gesellschaftsberatung ist eine nationale und europäische Aufgabe. Dabei bestimmen die Akademien der Wissenschaften selbst, welche Rolle sie für sich in diesem Kontext reklamieren.

War der Ausstieg aus der Atomenergie, wie von der Bundesregierung 2011 beschlossen, Folge einer wissenschaftsbasierten Empfehlung? Die Antwort ist: nein.

War die gigantische Wirtschafts-, Staatsschulden- und Bankenkrise, in der wir uns zurzeit befinden, von der Wissenschaft vorhergesehen? Die Antwort ist wiederum: nein.

War der demografische Wandel, den die Gesellschaft so lange negiert hat, der uns jetzt tagtäglich beschäftigt und viele von uns ängstigt, von der Wissenschaft vorhergesagt? Die Antwort ist: ja.

Und schließlich: Wurde der Fall der Berliner Mauer und der Fall des Eisernen Vorhangs mit seinem Zusammenbruch des bipolaren Systems von Wissenschaftlern prophezeit? Auch hier dürfte die Antwort wohl eher »nein« lauten.

Was belegen diese Beispiele also im Hinblick auf die wissenschaftliche Politikberatung, von der wir alle meinen, dass sie nicht nur unabdingbar, sondern vor allem aufgrund der auch durch wissenschaftliche Erfolge herbeigeführten Veränderung der Welt, in der wir leben, geboten sei?

Zunächst einmal könnte man versucht sein zu konzedieren, dass die wissenschaftliche Politikberatung, die ja unstreitig in vielen Fällen nachgefragt wird, entscheidende Großereignisse einfach nicht vorhersehen kann: zum Beispiel, weil sich derartige Ereignisse auf unterschiedlichen Gebieten möglicherweise sehr subtil ankündigen, weil sie sich unter Umständen unabhängig oder scheinbar unabhängig voneinander entwickeln, sodass dann zu einem bestimmten Zeitpunkt menschliches Handeln, technische Einflüsse und äußere Faktoren in einer Weise zusammenkommen, dass sie diese Großereignisse wie die eingangs beschriebenen generieren.

Wie komplex die Entstehungsursachen etwa von Naturereignissen sind, haben wir ja in den letzten Jahren intensiv durch die Verlautbarungen und Ergebnisse der Klimaforschung erleben können. Ein erster Befund könnte also der sein, dass die Wissenschaft aufgrund ihrer immer noch stark disziplinär angelegten Verfasstheit nicht genug problemadäquat, das heißt ausreichend komplex operiert. Es könnte auch sein, dass in den Fällen, in denen bestimmte Ereignisse eintreten, das Risiko als solches bekannt war, aber die Eintrittswahrscheinlichkeit des Ernstfalls aufgrund mangelnder Vorkenntnisse oder aufgrund mangelnder Kenntnisse nicht richtig eingeschätzt wurde, im besten Fall nicht eingeschätzt werden konnte.

Dennoch: Das Jahr 2011 war in vielerlei Hinsicht ein Ausnahmejahr, in dem viele der zuvor zitierten Beispiele die Begrenztheit wissenschaftlicher Beratung vor Augen geführt haben.

Und natürlich gehört zu einer ausgewogenen Betrachtung auch die Tatsache, dass es eine Vielfalt von Ereignissen und Entscheidungen gibt, die durch die Wissenschaft vorbereitet, begleitet und letztlich auch positiv gestaltet werden.

Für den Bereich der Lebenswissenschaften, insbesondere der Medizin, lassen sich unstreitig wissenschaftliche Empfehlungen zitieren, die das Leben vieler Menschen lebenswerter gemacht haben. Im Bereich der Klimaforschung gibt es Modellberechnungen, die zwar unter Umständen lange Zeit umstritten waren oder vielleicht immer noch umstritten sind, aber dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Verantwortung, die wir heute für das Klima bereit sind zu übernehmen, das Ergebnis wissenschaftlicher Beratung und der sich daran anschließenden öffentlichen Debatten und politischen Diskurse ist.

Diese Reihe positiver Beispiele erfolgreicher Politikberatung ließe sich für alle großen Zukunftsthemen, die vor



uns liegen und die wir bereits als Herausforderung kennen, beliebig fortsetzen. Bei all dem sollte jeder, der wissenschaftliche Beratung betreibt, sich immer dessen bewusst bleiben, was Wissenschaft eben auch ausmacht, nämlich dass auch sie nicht gegen Irrtümer gefeit ist. Übergroße, an Selbstgefälligkeit grenzende Sicherheit ist in der Politikberatung genauso fehl am Platze wie nachlässige Dateninterpretation.

Politikberatung ist nicht frei von wissenschaftlichen *Mainstream*-Entwicklungen und -Überlegungen, aber sie ist eben leider auch nicht frei von politischen Interessen bis hin zu Eigeninteressen der Ratgebenden selbst. Insofern ist politische Beratung durch Einzelpersonlichkeiten und Einzelinstitutionen sicherlich vielfach hilfreich und schnell, manchmal auch politisch hochwillkommen, aber letztlich doch mit Begrenzungen versehen. Wir wären also insgesamt in einer schlechten Situation, wenn sich unsere wissenschaftsbasierte Politikberatung auf diese eher individualisierte Art der Politikberatung allein stützen würde.

Akademien, die autonom sind, Akademien, deren Mitgliedschaft sich aus Persönlichkeiten zusammensetzt, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung und Lebenserfahrung unabhängig sein können, diese Akademien haben im wissenschaftlichen Beratungsgeschäft eine zentrale Rolle. In der Regel arbeiten sie ohne Auftrag und wenden sich gleichwohl drängenden Fragen unserer Gesellschaft zu. In interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen, die sich ihrerseits durch eine hohe Professionalität und (im Idealfall) große Offenheit gegenüber allen vorhandenen, mit dem Thema verbundenen Anschauungen auszeichnen, versuchen die Akademien,

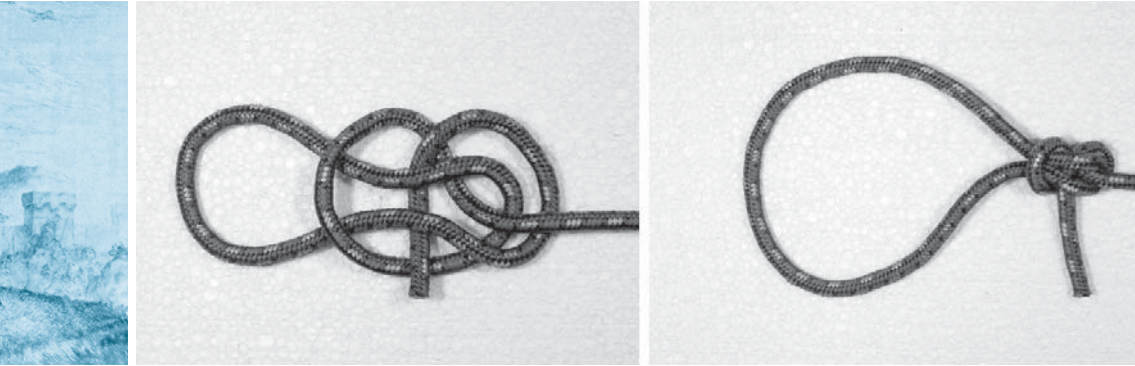
- Ordnung in die vorhandenen Daten zu bringen, die in unterschiedlichen Disziplinen erhoben werden, um daraus ein Gesamtbild zu formen,
- die historische Entwicklung zu erklären und mögliche Konsequenzen für die Zukunft abzuleiten sowie
- Empfehlungen zu geben, wie die Entwicklungen günstig zu beeinflussen seien.

Völlige Datentransparenz, nachvollziehbare Schlussfolgerungen und längerfristige Begleitung der eingeleiteten Prozesse zur langfristigen Überprüfung der Validität des Rates sind zentrale Merkmale einer durch Akademien zu organisierenden Wissenschafts-, Gesellschafts- und Politikberatung.

Dennoch wichtiger als die unmittelbare Politikberatung erscheint mir die allgemeine Gesellschaftsberatung: Eine Gesellschaft, die zunehmend partizipatorische Mechanismen und Prozesse entwickelt, die immer weniger von Vorgaben und Ideen großer politischer Parteien beeinflusst wird, die selbst versucht, sich ein Bild von den Realitäten und Erfordernissen zu machen, eine solche Gesellschaft benötigt glaubwürdigen, transparenten wissenschaftlichen Beistand. Aus diesem Grunde erweist sich die Aufgabe moderner Wissenschaftsakademien als so wichtig, dass alles darangesetzt werden muss, ausreichend gute Prozesse und genügend Raum und Zeit für wissenschaftliche Gesellschaftsberatung in den Akademien zu schaffen. Hier haben die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die in der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften zusammengeschlossenen Länderakademien, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften *acatech* und die Leopoldina, die in der Nationalen Akademie der Wissenschaften zusammenwirken, im Rahmen der handlungsorientierten Beratung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eine herausgehobene Aufgabe übernommen.

Da die zu behandelnden Probleme und gesellschaftlichen Herausforderungen in zunehmendem Maße auch eine internationale Dimension haben und zumindest in und für Europa gültige Antworten verlangen, ist die Frage nicht unerheblich, ob nicht und in welcher Weise ein europäischer Beratungsprozess zu organisieren sei. Wird dieser, wie bisher, primär national organisiert und dann im europäischen Raum politisch (wenn überhaupt) umgesetzt? Oder wäre es nicht vielmehr an der Zeit, dass sich die in den europäischen Ländern arbeitenden Akademien der Wissenschaften mit dem Gedanken befassen, von Anfang an einen dringend notwendigen *europäischen* Beratungsprozess für eine *europäische* Politik zu organisieren?

Die Antwort auf diese Frage und Herausforderung, die wir als Akademien-Gemeinschaft finden sollten, wird auch darüber entscheiden, welches Europa die Wissenschaft will und welchen Anteil sie an der Ausprägung eines künftigen Europa hat. Die Frage, wie mit diesem politischen Rat dann schlussendlich umgegangen wird, wird auch darüber Auskunft geben, welche Bedeutung das politische Europa der wissenschaftlichen Beratung, am Ende gar der Wissenschaft als ganzer zuweist.



»Theoria cum praxi«, das heißt die Verbindung von Theorie und Praxis zum Wohle der Menschheit, bedeutet, dass wir auch auf dem Gebiet der Politik- und Gesellschaftsberatung unserem Gründer und Spiritus Rector Gottfried Wilhelm Leibniz verpflichtet sind. Praktische, das heißt anwendungsorientierte Gesellschafts- und Politikberatung kann nur funktionieren, wenn sie auf einer plausiblen Theorie begründet ist. Allerdings bedarf eine solche Theorie der sorgfältigen Überprüfung durch die Praxis.

Auch in der Gesellschaftsberatung muss das, was gesellschaftlich und politisch machbar ist, im theoretischen Diskurs abzubilden sein, sonst bleiben am Ende beide wirkungslos. Und auf Europa bezogen bedeutet dies: Neben der bereits erwähnten Gesellschaftsberatung, welche die Akademien in einem geeinten Europa zu erfüllen haben, gilt es, eine weitere, vielleicht noch größere Aufgabe zu bewältigen, nämlich neben dem entstehenden Europa des praktischen Handelns gleichzeitig die europäische Idee kontinuierlich weiterzuentwickeln. Denn auch hier gilt: Eine europäische Praxis ohne Theorie geht ebenso wenig wie eine europäische Theorie ohne Praxis.